

oder gleichzeitig auch für andere Nachtheile gestellt war, kommt für die Kompetenzfrage nicht in Betracht, sondern ist bei sachlicher Beurtheilung der Entschädigungsforderung zu beurtheilen.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Beschwerde wird in dem Sinne als begründet erklärt, daß der eidgenössischen Schatzungskommission für die Brienz-Rothhornbahn aufgetragen wird, die von den Expropriaten gestellte Entschädigungsforderung für Gebäudebeschädigung durch den Bahnbau materiell zu behandeln und zu beurtheilen.

14. Urtheil vom 1. April 1892 in Sachen Steuble.

A. Im Expropriationsfall des Bierbrauers Steuble, Expropriaten, gegen die Schweizerische Nordostbahn, Expropriantin, wurden von der eidgenössischen Schatzungskommission für die rechtsufrige Zürichseebahn die Herren Professor Heim in Zürich und Ingenieur Largin in Luzern als Experten bestellt. Sie hatten die Aufgabe, über die Einwirkungen des Tunnelbaues und des bezüglichen Bahnbetriebes auf die Erdoberfläche, speziell auf das Eigenthum des Expropriaten, Bericht zu erstatten. Ihre Wahl wurde dem Expropriaten mit Schreiben vom 29. Juni 1890 mitgetheilt. Nachdem nun die Experten ihre Beobachtungen schon längst aufgenommen hatten, machte Bierbrauer Steuble gegen Ingenieur Largin verschiedene Refusationsgründe geltend, und verlangte dessen Ersetzung durch einen andern Experten. Er wurde aber von der Schatzungskommission mit Beschluß vom 27. Februar 1891 abgewiesen.

B. Dagegen rekurriert er nun an das Bundesgericht und stellt in seinem Rekurs folgende Anträge:

1. Ingenieur Largin solle als Experte zurückgewiesen werden.

Die Nordostbahn sei anzuhalten, das von Professor Heim über die Traceverhältnisse von Untersträß erhobene Privatgutachten der Schatzungskommission und dem Expropriaten zur Ein-

sicht vorzulegen, bevor Professor Heim zur Abgabe einer Expertise eingeladen werde.

3. Diesen oder den an ihrer Statt noch zu ernennenden Experten seien vor Abgabe ihres Gutachtens die sämtlichen Akten jedenfalls aber die Pläne, die Eingaben des Expropriaten, die Privatgutachten des Architekten Müller, das Urtheil des Bundesgerichtes in Sachen Koch-Finsler Erben, die protokollierten Befunde der Experten Kramer und Müller zur Prüfung zuzustellen,

Das erste Begehren wird damit motivirt, daß Ingenieur Largin mit den Tunnelbauunternehmern Fischer und Schmutziger befreundet sei und von ihnen Bericht angenommen habe, während doch dieselben ein Interesse daran haben, daß eintretende Schädigungen nicht auf den Tunnelbau zurückgeführt werden. Daß er befangen sei, habe sich bei Lokalbesichtigungen gezeigt, indem er Verschiedenes zu Protokoll habe aufnehmen lassen, was thatsächlich unrichtig sei, respektive mit den Gutachten der andern Experten Kramer und Brunner in Widerspruch stehe. Ferner habe er sich voreilig in einem Brief vom 20. November 1890 über die Ursachen der Schädigungen im Maschinenhaus zc. geäußert. Dies allein bilde nach Art. 124 der bundesgerichtlichen Prozeßordnung und Art. 17 Ziff. 2 D.-G. einen genügenden Grund, um die vorgebrachte Refusation zu rechtfertigen. Sodann seien die Forderungen des Expropriaten derart, daß Ingenieur Largin nicht speziell als sachkundig erscheine.

Was die Begehren sub 2 und 3 anbelange, so werde die Edition des Privatgutachtens Heim aus dem Grunde verlangt, um zu eruiren, ob auch dieser Experte sich nicht schon ein Mal über die ihm vorgelegten Fragen ausgesprochen habe. Die Mittheilung der Akten an die Experten, sofern sie sich auf die zu beantwortenden Fragen beziehen, verstehe sich von selber, scheine aber von der Schatzungskommission nicht bewilligt werden zu wollen.

C. In ihrer Vernehmlassung vom 27. Februar 1892 stellt die Nordostbahngesellschaft in Abrede, daß Ingenieur Largin als befangen bezeichnet werden könne. Das von rekurrierender Seite Angeführte sei theilweise unrichtig, theilweise unerheblich. Eine Kopie des Privatgutachtens Heim wird von der Nordostbahnge-

fellschaft eingelegt. Im Uebrigen lautet ihr Antrag: Es sei der Rekurs unter Kostenfolge abzuweisen.

D. Ihrerseits beruft sich die Schatzungskommission, mit Bezug auf die Refusation des Experten Vargin, auf die in ihrem Beschluß vom 27. Februar 1891 enthaltenen Gründe. Ingenieur Vargin habe nur über die allgemeinen Terrainverhältnisse und die durch den Bahnbau eintretenden Veränderungen sein Gutachten abzugeben, nicht über die Forderungen, die vom Expropriaten erhoben worden sind. Im Uebrigen sei nun der Tunnel fertig gestellt; einem andern Experten würden demnach die nöthigen Anhaltspunkte zur Ermittlung der zu Tage getretenen Veränderungen fehlen. Ein Begehren um Edition des Privatgutachtens Heim sei bei der Schatzungskommission nie gestellt worden. Was die Zustellung der Akten betreffe, so seien diejenigen, die sich auf die von ihnen zu beantwortenden Fragen beziehen (Gutachten Kramer und Müller) den Experten bereits mitgetheilt worden. Die andern Aktenstücke seien blos für die Entschädigungsfrage von Belang und darüber behalte sich die Schatzungskommission bei allfällig hierfür zu ernennenden Experten das Weitere vor.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Der Art. 28 des Expropriationsgesetzes, worunter der gegenwärtige Rekurs subsumirt werden muß, bestimmt blos allgemein, daß die Schatzungskommissionen unter Aufsicht des Bundesgerichtes stehen. Es versteht sich nun allerdings von selbst, daß gestützt auf diese Gesetzesbestimmung, gegen das Verfahren der Schatzungskommissionen an das Bundesgericht recurriert werden kann, sofern jenes Verfahren Verstöße gegen allgemeine prozessualische Prinzipien enthält. Die vom Bundesgericht geführte Kontrolle erstreckt sich aber nicht allgemein auf alle und jede Zwischenbeschlüsse, die von den Schatzungskommissionen schon im Vorverfahren gefaßt werden können. Für derartige Zwischenbeschlüsse und Vorbereitungsmaßregeln, worunter auch namentlich die Bestellung von Schatzungsexperten gehört, besteht kein gesondertes Rekursrecht an das Bundesgericht.

2. Die rekursbeklagte Partei hat mit Bezug auf das weitere Begehren, um Edition des Privatgutachtens Heim, zwar ihre Editionsspflicht bestritten, eine Kopie aber desselben Gutachtens

zu den Akten gelegt. Der darüber obwaltende Anstand ist somit gegenstandslos geworden.

3. Auch das dritte Begehren des Rekurrenten fällt von selber dahin. Nach Erklärung der Schatzungskommission sind den Experten diejenigen Akten, die sich auf die von ihnen zu beantwortenden Fragen beziehen, bereits mitgetheilt worden. Welche Aktenstücke nun mit der abzugebenden Expertise in Zusammenhang stehen, darüber kann vorläufig nur der Schatzungskommission eine Entscheidung zustehen.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Auf den Rekurs wird im Sinne obiger Erwägungen nicht eingetreten.

III. Organisation der Bundesrechtspflege. Organisation judiciaire fédérale.

15. Urtheil vom 6. Mai 1892 in Sachen Préaub.

Das Bundesgericht hat
in Erwägung:

Daß durch staatsrechtliche Entscheidung des Bundesgerichtes vom 13. November 1891 das in Sachen des Rekurrenten gegen die Auffassungskommission Werdenberg am 29. August 1891 vom Obergerichte des Kantons Thurgau gefällte Urtheil, gemäß dem Antrage des Rekurrenten, aufgehoben wurde;

Daß daraufhin der Rekurrent beim Obergerichte des Kantons Thurgau um Revision des aufgehobenen obergerichtlichen Urtheils vom 29. August 1891 nachsuchte, indem er Zuspruch einer Prozeßkostenentschädigung verlangte, weil das Bundesgericht in staatsrechtlichen Streitigkeiten keine Entschädigung spreche, gemäß § 226 der thurgauischen Zivilprozessordnung aber die unterlegene Partei dem Gegner die verursachten Kosten zu ersetzen habe. Das bundes-